7

Die offizielle Devise lautete »Leinen los!«:
Der Bielefelder »Konzert-, Tagungsund Veranstaltungsdampfer« sollte nach Jahren der Planung und dreijähriger Bauzeit endlich ablegen. Dagegen setzte das linksalternative Milieu den »Störtebeckertag«. Und ganz
im Sinne des berühmt-berüchtigten Freibeuters gab Christian Presch von der Bielefelder
Selbsthilfe (BIS) die Parole »Alles klar zum
Kentern« aus. Um es gleich zu sagen: Der
Protest gegen die Stadthalle war nicht der bedeutendste, den Bielefeld erlebt hat. Aber er
gehörte zwingend zur politischen Kultur vor
dem Mauerfall von 1989. Auch wenn die Einweihung der Stadthalle im August 1990 stattfand

Gut 2.000 Menschen folgten dem Protestaufruf und demonstrierten zwischen Bahnhof und Berliner Platz, dem heutige Willy-Brandt-Platz. Nach anfänglich friedlichem Verlauf drohte der 'Störtebeckertag« zu eskalieren, als einige TeilnehmerInnen die Parole wörtlich nahmen und versuchten, den Bauzaun um das Gebäude niederzureißen. Farbbeutel und Flaschen wurden geworfen. Als anderntags die 'Bild-Zeitung« über Schäden in Millionenhöhe klagte, kommentierte die Bielefelder Polizei die Ereignisse ostwestfälisch-nüchtern: "Alles Kleinigkeiten«; der Bericht der Boulevardzeitung habe auch sie "köstlich amüsiert«.

CDU warnt vor finanziellem Abenteuer

Worum ging es bei dem Protest? Die Wurzeln reichen zurück in die 1970er Jahre, als Bielefeld eine Planungsgruppe einsetzte, die Chancen und Risiken einer Stadthalle untersuchen sollte. 1977 empfahl sie deren Bau und Betrieb »als öffentliche Aufgabe« aufgrund »positiver Einschätzung der Tendenzen im Veranstaltungswesen und der Chancen für die weitere Stadtentwicklung trotz erheblicher finanzieller Risiken«. Auch Hermann Heinemann, seinerzeit Hauptgeschäftsführer der Westfalenhalle in Dortmund, betonte, dass die Stadthalle »auf jeden Fall eine imagebezogene Entscheidung für das Oberzentrum Bielefeld« sei, die allerdings »nicht kostendeckend arbeiten könnte.« Bei einer geplanten Größe von 2.000 Plätzen im großen Saale sei mit jährlichen Zu-

schüssen von »wenigstens 250.000 DM« zu rechnen.

Wurde dieser Zuschuss von den Befürwortern der Stadthalle noch in Kauf genommen, so brachten die »spektakulären Kos $tenex\bar{p}losionen {\text{``beim Bau}}$ des Neuen Rathauses und der Umbau der Ravensberger Spinnerei wohl die meisten um den Schlaf. Theodor Erdmann, 1980 Fraktionsvorsitzender der Bielefelder CDU, warnte gar vor einem »finanziellen Abenteuer« und forderte, dass es »höchste Zeit

für einen Umdenkungsprozess« sei. Ihm grauste vor den Folgekosten, die sich nun bereits auf jährlich 1,5 Millionen Mark belaufen sollten. Erdmann wollte gar Zuschüsse von bis zu 5 Millionen Mark nicht mehr ausschließen und weigerte sich, »einen solchen Blind-



Alles klar zum Kentern

Vor 25 Jahren wurde die Stadthalle eröffnet. An die Proteste erinnert Bernd J. Wagner

flug« mitzumachen. Den Bedarf der Stadthalle wollte er aber nicht bestreiten, mahnte aber, »nüchtern zu rechnen« und gegebenenfalls die Halle kleiner zu planen.

Stadthalle belastet Haushalt

Auch wenn die Höhe des jährlichen Zuschusses heftig diskutiert wurde, eines stand für alle fest: Die Stadthalle würde den städtischen Haushalt belasten. Und das in einer Zeit, als an allen Ecken und Kanten gespart wurde bei gleichzeitiger Verschuldung der öffentlichen Hand.

Als der Grundstein für die Stadthalle am 23. Oktober 1987 gelegt – oder wie es vonseiten



der Kritiker hieß: ins Bauloch versenkt – wurde, warnten VertreterInnen von Artists Unlimited, der Musikkooperative Auftakt, des Filmhauses und des Vereins Mauerblümchen in einem offenen Brief vor den Konsequenzen für die städtische Kultur: Angesichts

der massiven Förderung der »Großkultur und ihren notwendigerweise kostenintensiven Veranstaltungen ist die ohnehin stark vernachlässigte freie Kultur längst kein Thema mehr«, obwohl diese »seit Jahren für einen Appel und ein Ei die Lebensqualität vor Ort wesentlich« geprägt habe.

In Bielefeld hatte sich seit den späten 1960er Jahren ein linksalternatives Milieu herausgebildet, das sich politisch, kulturell und sozial gegen herrschende Gesellschaftsstrukturen positionierte. Zu diesen neuen sozialen Bewegungen gehörten der Kinderladen in der Laerstraße und Naturkostladen ›Löwenzahn‹, Oberstufenkolleg und Laborschule genauso wie das Café Oktober, AJZ und FRAPP-Theater, die Bunte Liste Bielefeld und nicht zuletzt der Protest gegen Stadtsanierung und Ostwestfalendamm. Und sie einte ein grundlegendes Misstrauen gegenüber Rat und Verwaltung, das durch zahlreiche Artikel des >StadtBlatt< noch gefördert wurde. Sie sprach sich gegen kostenträchtige Großprojekte und für bezahlbaren Wohnraum aus, forderte eine Abkehr von der autogerechten Stadt und vie-

Die Stadthalle geriet in den Fokus des Protestes, weil sie all' das repräsentierte, wogegen sich die Szene wandte: Sie war von vornherein als Zuschussbetrieb geplant, der öffentliche Mittel bindet, die woanders fehlten. An der Düppelstraße (der heutigen Herbert-Hinnendahl-Straße) war zudem preiswerter Wohnraum gefährdet und – last not least – stand die Stadthalle für eine teure Großkultur. Das Fass zum Überlaufen brachte die Ankündigung, dass den mehr als 2.000 geladenen Gästen ein Büffet aufgetischt wurde, das mindestens 200.000 Mark kosten sollte. Das >StadtBlatt

hand unter dem Motto »voller Bauch für alle« zum »Eröffnungsfressen« ein.

Frieden mit der Halle gemacht

Von dieser Szene ist 25 Jahre nach der Eröffnung nur noch wenig geblieben. Denn seit Mitte der 1990er Jahre sind linksalternative Projekte zunehmend in die Mitte der Gesellschaft gerückt. Das für die alte Bundesrepublik beobachtete konfliktträchtige Misstrauen zwischen ider Szenes und dem Rathaus ist einem aktiven Mitwirken in der Kommunalpolitik gewichen. Ein explizit ilinker Protests ist selten geworden. Dafür erleben wir heute zivilgesellschaftlichen Protest zum Beispiel im Bündnis gegen rechtss.

Inzwischen werden viele, die damals vor dem Bauzaun standen, die Stadthalle besucht und ihren Frieden mit ihr gemacht haben. Ob bei Messen oder Parteitagen, Konzerten oder beim Abiball der eigenen Kinder. Bei der Eröffnung der sehenswerten Ausstellung Linksruck im Historischen Museum betonte Christian Presch, der am Störtebeckertag die Parole »Alles klar zum Kentern« ausgerufen hatte, man dürfe nicht die Millionen Euro vergessen, die seit 25 Jahren als Zuschuss den Betrieb der Stadthalle garantieren und dem Stadtsäckel für andere Investitionen verloren gegangen sind.

» Info»

Bernd J. Wagner ist Historiker des Stadtarchivs.

Die Ausstellung Minksruck – Politische Kultur und Aufbrüche in Bielefeld (ist noch bis zum 30.1.2016 im Historischen Museum zu sehen.





